



Berlin, 23. Juni 2025

Eine fachliche Einrahmung: zur aktuellen Debatte um Queerfeindlichkeit an Berliner Schulen

Mit großer Sorge verfolgen wir die Berichterstattung über die queerfeindlichen Ausgrenzungserfahrungen, die Oziel Inácio-Stech an der Carl-Bolle-Schule machen musste. Sie zeigen, wie tief Queerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft verankert ist, und unterstreichen die Bedeutung von wirksamem Diskriminierungsschutz und nachhaltiger Präventionsarbeit.

Wir möchten an dieser Stelle zunächst unser Mitgefühl für Oziel Inácio-Stech und all jenen zeigen, die queerfeindliche Diskriminierung erfahren.

Aufgrund der medialen Berichterstattung haben wir viele Anfragen zu dem Vorfall erhalten. Zu vertraulichen Beratungsfällen werden wir uns nicht äußern, aber angesichts der Art der Berichterstattung wollen wir hiermit unsere fachliche Perspektive teilen.

Queerfeindlichkeit an Berliner Schulen – eine alarmierende Realität

Der Fall von Oziel Inácio-Stech macht auf erschütternde Weise deutlich, wie dringend queere Personen – auch Lehrkräfte – Schutz und Unterstützung benötigen, denn leider ist dies kein Einzelfall. Laut der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gaben rund 30% der befragten queeren (lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter* und nicht- binär) Schüler*innen an, in der Schule Diskriminierung oder Gewalt erlebt zu haben (Klocke 2012). Einer Befragung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) aus dem Jahr 2024 zufolge sagten 52% der befragten queeren Schüler*innen in Deutschland, dass sie ihre Identität in der Schule verstecken. Diese Statistik deckt sich fast gleich mit einer Studie über queere Lehrkräfte: fast die Hälfte der befragten Lehrkräfte gehen im Schulalltag nicht offen mit ihrer queeren Identität um (ADS 2017). Sie berichten zunehmend von Anfeindungen und mangelnder Unterstützung durch das Kollegium oder die Schulleitung. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen.

Die öffentliche Debatte, wie sie aktuell geführt wird, greift jedoch zu kurz.

Viele Berichte fokussieren einseitig auf die (ethnische) Herkunft und den religiösen Hintergrund der Schüler*innen und stellen damit einzelne Gruppen pauschal in den Vordergrund. Diese Darstellung lenkt von den eigentlichen strukturellen Ursachen von

Queerfeindlichkeit ab und birgt die Gefahr, Communities gegeneinander auszuspielen, statt den Blick auf die gesamtgesellschaftliche Dimension von Diskriminierung zu richten. Queerfeindlichkeit ist kein exklusives Problem einzelner Gruppen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das in allen sozialen Schichten und Milieus vorkommt. Es braucht eine konsequente Auseinandersetzung mit Queerfeindlichkeit als gesamtgesellschaftlicher Herausforderung – und eine klare Haltung für den Schutz und die Unterstützung aller Betroffenen, unabhängig von (ethnischer) Herkunft, Zugehörigkeit oder Religion.

Zudem muss die institutionelle Verantwortung der Schule und der Bildungsbehörden thematisiert werden. Der mangelnde Schutz und die fehlende Unterstützung für die betroffenen Lehrkräfte durch Kollegium, Schulleitung und Verwaltung sind dabei zentrale Aspekte, die adressiert werden müssen. Eine diskriminierungskritische Haltung im Kollegium und in der Schulleitung – und eine klare pädagogische Positionierung, die auch gegenüber Schüler*innen deutlich vermittelt wird, sind wichtige Werkzeuge, um solche Vorfälle zu verhindern. Präventions- und Aufklärungsarbeit sind dabei zentrale Bausteine der Gewaltprävention und befähigen Fachkräfte in einem kompetenten Umgang und dem Abbau von Queerfeindlichkeit.

Unsere Angebote und die Folgen der Kürzungen

Als Fachstelle für Queere Bildung bieten wir Beratung, Fortbildungen und Präventionsworkshops für Lehrkräfte und pädagogische Fachkräfte an. Wir unterstützen Schulen und Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen dabei, diskriminierungskritische Strukturen zu etablieren und stärken Betroffene durch individuelle Beratung.

Wir als Fachstelle machen uns große Sorgen über die gesellschaftspolitische Entwicklung, in der Queerfeindlichkeit zunehmend offener und aggressiver auftritt. Es ist unser zentrales Anliegen, möglichst viele Akteur*innen zu sensibilisieren, zu professionalisieren und für eine gemeinsame Haltung zu gewinnen, die sich klar gegen Queerfeindlichkeit positioniert. Die aktuellen Kürzungen sind ein historischer Rückschlag und gefährden die dringend notwendige Präventions- und Interventionsarbeit an Berliner Schulen. Sie führen dazu, dass Präventionsmaßnahmen wegfallen und Fachkräfte bei queerfeindlichen Vorfällen zunehmend allein gelassen werden.

Es braucht deshalb mehr denn je nachhaltige Strukturen und Investitionen in die präventive Arbeit von Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekten, um Diskriminierungen zu verhindern und Menschenrechte als Fundament unserer Demokratie zu stärken.

Das Gesamtteam - QUEERFORMAT Fachstelle Queere Bildung